

Schlaflose Nächte für den Wirtschaftsminister

Im Euro-Land Slowakei schrumpft die Wirtschaft in diesem Jahr wohl um 6 Prozent. Die ausländische Autoindustrie war der Garant des Aufschwungs. Nun steckt sie tief in der Krise. enn. PRESSBURG, 14. Juli. Die Slowakei hat zu Deutschland aufgeschlossen - was die negativen Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise angeht. In dem exportabhängigen Land, seit fünf Jahren Mitglied der Europäischen Union und seit einem halben Jahr auch Euro-Land, wird die wirtschaftliche Leistung in diesem Jahr um 6 Prozent schrumpfen. Diese Zahl hat der stellvertretende Finanzminister, Staatssekretär Peter Kazimír, dieser Tage im Gespräch mit deutschen Journalisten in Pressburg (Bratislava) genannt. Bisher hatte die Regierung gehofft, mit 3 Prozent Minus davonzukommen. Nun erwartet sie denselben Einschnitt wie Deutschland - allerdings von einem erheblich niedrigeren Wohlstandsniveau aus.

Der Wirtschaftsaufschwung des zurückliegenden Jahrzehnts hat das Selbstbewusstsein der Slowaken enorm gestärkt. Den Tschechen, mit denen sie bis 1993 das Heimatland teilten und denen sie sich bis heute aufs Engste verbunden fühlen, blicken sie - anders als früher - auf Augenhöhe entgegen. Stolz verweist der slowakische Wirtschaftsminister Lubomir Jahnátek auf die beeindruckenden Wachstumsraten: 2007 waren es 10,3 und 2008 immerhin noch 6,4 Prozent. Der Internationale Währungsfonds gibt das slowakische Bruttoinlandsprodukt je Kopf mit 17 630 Dollar (2008) an, das tschechische mit 21 027 Dollar. In Deutschland erwirtschaftet jeder Bürger 44 660 Dollar.

Attraktiv ist die Slowakei für Investoren vor allem durch die niedrigen Steuern und Löhne. Die 2006 abgewählte Regierung unter Mikuláš Dzurinda führte 2004 einen einheitlichen Steuersatz von 19 Prozent für Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer ein und schaffte alle Steuerausnahmen ab. Die Einkommen sind immer noch niedrig, auch wenn der Durchschnittslohn seit 2006 von 420 auf 650 Euro gestiegen ist. Dass Investoren in der Krise fluchtartig das Land verlassen, erwartet Wirtschaftsminister Jahnátek nicht: "Nur drei oder vier amerikanische Unternehmen haben gesagt, sie packen die Koffer, um nach Asien zu gehen. Trotzdem habe ich schlaflose Nächte wegen der einseitigen Struktur unserer Wirtschaft."

Anker des Aufschwungs war jene Branche, die derzeit am auffälligsten schwächelt: die Autoindustrie. Sie steuert ein Viertel zum Bruttoinlandsprodukt der Slowakei bei, das wiederum zu 87,5 Prozent vom Export getragen wird. Volkswagen, Peugeot und Kia haben große Werke gebaut; VW gehört mit rund 8000 Beschäftigten zu den größten Arbeitgebern. Derzeit produziert der Konzern hier den Geländewagen Tuareg, Audi Q7 und Porsche Cayenne - Modelle, die in der Krise keiner kauft. Nach Angaben Jahnateks hat VW die Produktion für ein halbes Jahr gedrosselt und Zeitarbeiter entlassen. Nach Hause schicken will VW weitere überzählige Arbeitnehmer vorerst nicht, denn der Konzern hat sich entschieden, in Pressburg von 2011 an ein neues Modell vom Band laufen zu lassen: den Kleinwagen "Up". 300 Millionen Euro sollen investiert und bis zu 1500 Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Regierung verbindet mit dem "Up" die Erwartung, dass es bald wieder aufwärtsgeht. Dass es nun aber erst einmal unerwartet heftig bergab geht, verunsichert die im Kommunismus erzogenen Slowaken stark.

Derweil hat die Regierung Rettungspakete auf den Weg gebracht. Sie lassen in der Krise die Staatsverschuldung steigen und die Maastricht-Vorgaben der EU außer Acht, auch wenn sie mit 300 Millionen Euro Volumen bescheiden ausfallen. Um den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu dämpfen, will die Regierung den Ausbau der Infrastruktur forcieren; dafür sucht sie

allerdings noch private Partner. Wie in Deutschland gibt es zudem eine Abwrackprämie. Die Autoindustrie im eigenen Land zieht daraus zwar kaum Nutzen, immerhin aber stärkt die Regierung die Mutterkonzerne und sichert so indirekt deren Engagement, das Fundament des slowakischen Wirtschaftswunders.

Die seit 2006 amtierende sozialdemokratische Regierung unter Robert Fico, die "mehr Staat" proklamiert und kleine Sozialmaßnahmen wie die Abschaffung der Praxisgebühr und Zuschüsse für Familien durchgesetzt hat, gibt sich zwar distanziert zu dem "geerbten" Steuersystem, will es aber als "Marketinginstrument" beibehalten, sagt Finanzstaatssekretär Kazimir. "Man kann ein Steuersystem in einer neuen politischen Formation nicht nach Belieben verändern", warnt er. "Das bekommt einem Land nicht. Das ist so, als ob man eine Insel erst zehn Jahre lang an vegetarische Kost gewöhnt und dann ein Schnitzel-Büffet eröffnet."

Dass die Slowaken seit Anfang 2009 mit dem Euro bezahlen, hat die Wirtschaft gestärkt. Andererseits macht die Abwertung der Nachbarwährungen, des ungarischen Forint und der tschechischen Krone, schwer zu schaffen. Der den Handel bedrohende Einkaufstourismus jenseits der Grenzen geht erst zurück, seitdem die Handelsketten auch in der Slowakei die Preise gesenkt haben. Nach den Erfahrungen in Deutschland mit dem "Teuro" - ein Begriff, den die Slowaken in ihre Sprache übernommen haben - hat die Regierung ohnehin für strenge Gesetze gegen Preiserhöhungen gesorgt. Diese Preiskontrolle ist nicht befristet.

Mehr Kontrolle wünscht sich die Regierung auch für die Energiewirtschaft. Das Land bezieht Öl und Gas zu 98 Prozent aus Russland und wurde so zu Jahresbeginn Opfer des Gasstreits zwischen Russland und der Ukraine. Mehrere Tage blieben die Slowaken unversorgt; 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts soll das gekostet haben. Die Erfahrung sitzt tief: "Wir lassen uns nicht wieder zu Geiseln machen", sagt Außenminister Miroslav Lajčák. "Während des Gasstreits hatten wir als Regierung keine Informationen, weil die Energiewirtschaft privatisiert ist. Das war sehr unbefriedigend. Wir wollen die staatliche Kontrolle verschärfen." So sollten Preisfestsetzungen in den Energieunternehmen nicht mehr im Vorstand getroffen werden, sondern in der Aktionärsversammlung, die der Staat beeinflussen könne, erläutert Lajčák. Wirtschaftsminister Jahnátek ergänzt: "Die absolute Liberalisierung hat versagt. Das ist eine Krise des Systems: Wo es keinen Wettbewerb gibt, muss Regulierung sein." Am liebsten würde die Regierung den Gasversorger zurückkaufen, doch dafür fehlt das Geld. Jahnátek gibt sich skeptisch im Hinblick auf den kommenden Winter: "Ich wäre sehr überrascht, wenn es nicht wieder zu Lieferunterbrechungen käme."

Deshalb setzen die Slowaken wieder auf Atomkraft. Zwar mussten sie auf Geheiß der EU ihre alten Kraftwerke sowjetischer Bauart abschalten. Doch 2012/2013 sollen zwei neue Meiler in Mochovce in Betrieb gehen. Die Nachbarländer - vor allem Tschechien, aber auch Polen und Ungarn - haben für diese Energiepolitik Verständnis, nur Österreich tut sich schwer damit. Über die Krise könnte das Kraftwerk in doppelter Hinsicht hinweghelfen. Das Werk und zwei neue Autobahnabschnitte könnten, schätzt der Wirtschaftsminister, 10 000 arbeitslose Slowaken wieder in Lohn und Brot bringen.

Am slowakischen Arbeitsmarkt ist die aktuelle Krise abzulesen: Die Arbeitslosenquote, die im Laufe der dynamischen Wirtschaftsentwicklung auf 9,5 Prozent zurückgegangen ist, steigt. 72 000 Arbeitslose mehr sind es schon dieses Jahr, viel für ein Land mit fünf Millionen Einwohnern. Zu Buche schlagen nicht nur Entlassungen in heimischen Betrieben. Vielmehr belasten die Rückkehrer aus dem Ausland die Statistik: Von den 100 000 Slowaken, die es nach England und Irland zog, ist fast die Hälfte wieder zu Hause, weil es auf den Inseln keine Arbeit mehr für sie gibt. Die slowakische Regierung befürchtet 2009 einen Anstieg der

Erwerbslosenquote auf 12 Prozent. Das wäre aber immer noch deutlich weniger als jene 18,5 Prozent im Jahr 2002 - der Zeit, bevor die Wirtschaftsreformen wirkten.